Dr. Gerhard Hovorka
Bundesanstalt für Bergbauernfragen
Marxergasse 2/Mezzanin
1030 Wien
Email: gerhard.hovorka@babf.bmlfuw.gv.at

Die Agrarpolitik in Österreich

(Abstract für Momentum 16: Macht; Track 1 Grundlagen der Macht)

Der Österreichische Bauernbund, die Landwirtschaftskammern und die landwirtschaftlichen Genossenschaften stellen in ihrer personellen, sachlichen und institutionellen Verflechtung einen relativ einheitlichen agrarischen Organisationskomplex dar, der die österreichische Agrarpolitik bestimmt. Die personellen Träger dieses Agrarkomplexes sind eine politisch einheitlich ausgerichtete Agrarbürokratie, die neben den Apparaten obiger Organisationen auch noch das Landwirtschaftsministerium und die Agrarmarkt Austria umfassen (Krammer/Hovorka 2006).

In den Bundesländern kommt neben den Landwirtschaftskammern auch den Agrarlandesräten und der Agrarverwaltung eine wichtige Rolle im agrarischen Machtgefüge zu. Aufgrund der österreichischen Besonderheit, dass es ab 1945 in allen Bundesländern Proporzregierungen gab (abgesehen von Vorarlberg), stellte die ÖVP seit 1945 in allen Bundesländern den Agrarlandesrat (abgesehen von der Bundeshauptstadt Wien und seit 2015 im Burgenland).[1] Wenn aber seit 1945 in den Bundesländern immer die ÖVP den Agrarlandesrat gestellt hat, dann ist es nicht unwahrscheinlich, dass auch die Agrarverwaltung der Bundesländer großteils ÖVP-nahe ist. Nachdem auch auf Bundesebene seit 1945, abgesehen von der Zeit der SPÖ-Minderheitenregierung (1970) und der SPÖ-Alleinregierung (1971-1983) bzw. der kleinen Koalition von SPÖ-FPÖ (1983-1987), der Landwirtschaftsminister von der ÖVP gestellt wird, ist diese Interessensverschränkung im Agrarbereich zwischen Bund und Bundesländern seit 1945 fast durchgängig intakt.

Die Übermacht des Bauernbundes zeigt sich auch in den Wahlergebnissen zu den Landeslandwirtschaftskammern. Ein Indiz für den Einfluss der Agrarlobbys ist auch der hohe Anteil der Bauernbundmitglieder im ÖVP-Nationalratsklub. Aufgrund der Dominanz der ÖVP und des agrarischen Organisationskomplexes sind in Österreich nicht nur die Umwelt-, Tierschutz- und Agrar-NGOs, sondern auch die Landwirtschaftsorganisationen der anderen Parteien in Opposition zur agrarpolitischen Linie der ÖVP, unabhängig davon, welche politische Koalition auf Bundesebene im Nationalrat und der Regierung besteht (Hovorka 2014).

In den verschiedenen Phasen der Agrarpolitik seit 1945 (Hovorka/Hoppichler 2006) wurden und werden die Interessensgegensätze, die es im Agrarbereich zwischen großen und kleinen Betrieben, Grünland- und Ackerbetrieben, Bergbauernbetrieben und Nichtbergbauernbetrieben, intensiven und

[1] Die Regierungsbildung mittels Proporz existiert heute noch in Niederösterreich, in Oberösterreich und in Kärnten. Bis 1999 galt dieses System auch in Tirol und Salzburg. Im Burgenland wurde es 2014 und in der Steiermark per 2015 abgeschafft. Formal gilt das Proporzprinzip auch in Wien, dort allerdings herrscht die Praxis, dass Landesräte (offiziell Stadträte oder Senatoren genannt), die nicht der Regierungsmehrheit im Landtag angehören, kein Portefeuille erhalten. Vorarlberg hat seit der 1. Republik (1918) keine Proporzregierung mehr.

extensiven Betrieben, Biobetrieben und konventionellen Betrieben gibt, im Wesentlichen innerhalb des Bauernbundes geregelt ohne dass viel an Diskussion nach außen dringt.

Wenn in der Demokratie eine Organisation bzw. eine Partei durchgehend siebzig Jahre in einem Bereich allein bestimmend ist, dann ist es schwer, dass sich andere Meinungen und innovative Ideen entwickeln und noch schwerer, dass diese umgesetzt werden können. Daraus ergeben sich folgende Thesen/Schlussfolgerungen, die beim Kongress Momentum diskutiert werden sollen:

- In jedem Apparat, der siebzig Jahre uneingeschränkt an der Macht ist, kommt es zu Verkrustungen und Verwerfungen und auch beim besten Willen erlahmt das innovative Potential.
- Lebendige Demokratie ist von Diskussion, Interessensausgleich und Minderheitenrechten geprägt, die aber bei großer und über einen langen Zeitraum bestehender Machtfülle gefährdet sind.
- Für die Zukunft des ländlichen Raums und der Landwirtschaft muss eine breite offene Diskussion möglicher Zukunftswege nicht nur zugelassen sondern forciert werden.
- Bauern/Bäuerinnen und Menschen am Land und in der Stadt haben es mit neuen Ideen im Agrarbereich sehr schwer und gehen teilweise ein persönliches Risiko ein, wenn sie gegen den agrarischen Machtapparat auftreten.
- Im Rahmen der gegebenen Bedingungen muss an demokratischen Veränderungen im Agrarsektor gearbeitet werden. Dafür ist ein langer Atem erforderlich, aber auch die Spontanität darf nicht zu kurz kommen.
- Angesichts der Machtkonzentration des Bauernbundes in Österreich kann die „Agraropposition“ auf die Erfolge hinsichtlich Biolandwirtschaft, Berglandwirtschaft, gerechtere Verteilung der Förderungen, GVO-Freiheit und Innovationsförderungen im ländlichen Raum durchaus stolz sein.

Literatur:

Holzinger Lutz/Staudinger Clemens (2013). Schwarzbuch Raiffeisen. Wien.

Hovorka Gerhard (2014). Die Sicht der Berglandwirtschaft. Über die Umsetzung der EU-Agrarreform in Österreich. In: Agrarbündnis e.V. (Hrsg), (2014).

Hovorka Gerhard/Hoppichler Josef (2006). VI.8. Agrarpolitik. In: Dachs/Gerlich/Gottweis/Kramer/Lauber/ Müller/Tálos (Hrsg), (2006). Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien

Krammer Josef und Hovorka Gerhard (2006). Interessensorganisation der Landwirtschaft: Landwirtschaftskammern, Präsidentenkonferenz und Raiffeisenverband. In: Dachs/Gerlich/Gottweis/Kramer/Lauber/Müller/Tálos (Hrsg), (2006). Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien.

Krammer Josef und Rohrmoser Franz (2012). Im Kampf um ihre Rechte. Geschichte der Bauern und Bäuerinnen in Österreich. Wien.

Weiss Hans (2010). Schwarzbuch Landwirtschaft. Die Machenschaften der Agrarpolitik. Wien.